

ORDENTLICHER PARTEITAG DER SP KANTON AARGAU

Lieber viel- als einfältig

Die Bandbreite der Positionen und mit ihnen die entsprechenden interessanten Menschen in unserer Partei machen uns zur einzigen wirklichen Volkspartei in diesem Land, auch wenn WählerInnen-Anteile dies aktuell nicht so belegen wie noch vor einem halben Jahrhundert. Daran können, werden und müssen wir natürlich noch intensiver arbeiten. Ein Bericht über den ordentlichen Parteitag

Sozialpolitik

Neben den statutarischen Geschäften wurde vor allem die sozialpolitische Positionierung der Kantonalpartei festgelegt. Dies nach Auswertung der Rückmeldungen zu den Zwischenergebnissen

der Sozialtagung vom 19. Januar 2013. In der SP gibt es viel sozialpolitisches Wissen. Dies ist eindrücklich, erstaunt aber nicht. Immerhin tragen wir die gemeinsamen Werte in diesem Bereich auch in der Parteibezeichnung zuvorderst.

Geschäftsleitung

Gleich drei engagierte und motivierte Parteimitglieder stellten sich zur Wahl für einen GL-Sitz. Gewählt wurde Kathrin Scholl, Grossratspräsidentin 2012/2013 und stellvertretende alv-Geschäftsführerin. Herzliche Gratulation und herzlich willkommen in der GL! (siehe Interview auf Seite 12) Rudolf Lanz und Wolf Preuster danke ich nicht minder herzlich für ihre Kandidatur. Und Manuela Basso für ihr Wirken in der GL im vergangenen Jahr; sie wird uns auch weiterhin in anderer Funktion erhalten bleiben.

Ehrungen

Ehrungen für 30, 40, 50 und dieses Jahr erneut für sogar 60 Jahre Parteimitgliedschaft sind etwas ganz Besonderes. Die Verbundenheit mit der Partei und das teilweise immer noch grosse Engagement dieser Genossinnen und Genossen für die SP können wir nicht hoch genug schätzen.

Parolen

Klar war die Sache bei der Bundesratswahl durch das Volk (NEIN) und auch bei der geplanten Südwestumfahrung Brugg (ebenfalls ein NEIN). Zur Asylgesetzrevision folgte eine breitere Debatte. Abgewägt wurde zwischen Urforderungen der SP und fast schon

unmenschlichen Punkten, die in ein und dieselbe Vorlage verpackt wurden. Der schale Beigeschmack des Gesamtpakets führte schlussendlich dazu, dass sich eine Mehrheit der Delegierten für die NEIN-Parole entschied (siehe Seite 12).

JUSO-Resolution

Ebenfalls zu Diskussionen führte die Resolution der JUSO*. In einem Satz (verkürzt) zusammengefasst: Die zunehmende Einschränkung der Jugend widerspricht der sozialdemokratischen Tradition und unseren Werten – Freiräume sind wichtig, gerade auch in der heutigen Zeit. Dass über einzelne Begriffe und Forderungen debattiert wird, gehört zur SP. Den erwähnten Grundsätzen folgend stimmte eine Mehrheit der Delegierten der Resolution zu.

Pascale Bruderer und Urs Hofmann

Höhepunkte waren zudem die Reden unserer Ständerätin Pascale Bruderer und unseres Regierungsrats Urs Hofmann.

Ich bin froh, Präsident einer personell und inhaltlich so breit aufgestellten Partei sein zu dürfen und schätze es sehr, dass wir die Vielfalt leben und einander nicht immer aufzeigen müssen, wer die echten und richtigen Sozialdemokratinnen sind. Also ganz einem meiner Lieblingsprüche folgend: Lieber viel- als einfältig. So mag ich unsere Partei, so muss, soll und darf sie bleiben.

* <http://www.ag.juso.ch/de/node/4436>

Marco Hardmeier von Aarau ist Präsident der SP Aargau und Grossrat.

EDITORIAL

Was uns ausmacht

Im Kanton Aargau wird derzeit wieder heftig politisch diskutiert. Die SP beteiligt sich natürlich an den Diskussionen – wie immer mit guten Argumenten und besten Fachleuten. Das grosse Fachwissen und das Engagement in unserer Partei beeindruckten mich immer



wieder. Beeindruckend ist aber auch, dass die SP vor allem über ein Thema wahrgenommen wird: die soziale Frage. Die SP steht für Chancengleichheit, seit je. Wir sind überzeugend, wenn wir uns konsequent für soziale Gerechtigkeit, für die Schwachen einsetzen – und dabei konkrete, klare Forderungen stellen. Das ist viel wichtiger als unsinnige Diskussionen darüber, wie nahe die SP beim Volk ist oder ob wir eine Búezer- oder Intellektuellenpartei sind. Die Sozialpolitik ist unsere Kernkompetenz. Deshalb haben wir sie am Parteitag ins Zentrum gestellt und entschieden, auf welche Themen wir uns besonders konzentrieren. Dass wir unser Profil schärfen, ist gerade jetzt wichtig: Denn nach etlichen Steuersenkungsrunden im Aargau erwarten uns Sparbudgets. Der Kampf um die nötigen Mittel im Sozialbereich geht wieder los. Und im Herbst stehen Gemeindewahlen an. Diese müssen wir gewinnen, wenn wir unsere sozialpolitischen Ideen auch umsetzen wollen. Unser Parteipräsident hat es am Parteitag in Ennetbaden auf den Punkt gebracht: Wir müssen die Menschen überzeugen, bevor sie die Folgen einer falschen Politik zu spüren bekommen. Machen wir also das, womit wir am überzeugendsten sind. Machen wir das, was uns ausmacht!

Dieter Egli von Windisch ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Grossrat.



David Zehnder

WAHLKAMPF

Ein JUSO als Schulpflegerpräsident im Freiamt



Nach jahrelanger politischer Arbeit in verschiedenen Parteigremien der JUSO und der SP war es für mich an der Zeit, dass ich mein Engagement auch auf die kommunalen Institutionen ausweitete. Ich wollte die Politik im Dorf aktiv mitgestalten und das Feld nicht nur den anderen Parteien überlassen. Auch auf dem Mutschellen steht die Anzahl der SP-Sitze in Behörden und Kommissionen arg im Widerspruch zu den tatsächlichen WählerInnenanteilen. Es ist nicht das Problem, dass Linke nicht gewählt werden, sondern dass sich kaum jemand als KandidatIn zur Verfügung stellt. Das wollte ich ändern: Nachdem in Widen 2010 nahezu die gesamte Schulpflege nicht mehr kandidierte, war die Zeit reif, meine Kandidatur anzumelden.

Die Wahl gelang problemlos: Neben zwei SVP Mitgliedern und zwei Parteilosen stellt die SP/JUSO in Widen den jüngsten Schulpfleger im ganzen Kanton. Es kam noch dicker: Nach einem national für grosse Aufmerksamkeit sorgenden Rassismus-Skandal rund um die SVP Widen, musste deren Präsident von seinem Amt als Schulpflegerpräsident zurücktreten. Das Gremium schenkte mir das Vertrauen und wählte mich 2012 zum neuen Präsidenten. Offenbar hat meine Arbeit das Kollegium überzeugen können.

Der sozialdemokratische Einfluss hat sich an der Schule bewährt. In der vergangenen Legislatur konnten Schulsozialarbeit, Förderzentrum und Elternmitwirkung in Widen eingeführt werden. Gerne will ich die Arbeit als Präsident weiterführen und stelle mich gemeinsam mit den Bisherigen zur Wahl. Dabei gilt es auch, die Widerwahl des wegen Rassendiskriminierung verurteilten SVP-Präsidenten zu verhindern.

Fabio Höhener von Widen ist Schulpflegerpräsident in Widen, Vorstandsmitglied der SP Bezirk Bremgarten und Co-Präsident SP Mutschellen-Kelleramt.

ATOMMÜLLLAGER AM JURASÜDFUSS?

Entscheid wider besseres Wissen

Die Würfel sind gefallen: An der Generalversammlung vom 27. April beschloss die Regionalkonferenz Plattform Jura-Südfuss mit 42 zu 15 Stimmen, den Standort JS1 (Däniken Kiesgrube) dem Bundesamt für Energie zur weiteren Evaluation als Oberflächenanlage für ein Atommülllager zu empfehlen. Dabei hatte die Analyse durch die Fachgruppe Oberflächenstandorte ergeben, dass keiner der Standorte sich eignet. Dies vor allem, weil alle in der Grundwasserschutzzone liegen. Aber PJS-Präsident Hodel meinte, man müsse entscheiden, sonst entscheide die Nagra.

Verhängnisvolles Signal

Das wäre tausendmal besser gewesen, denn der Entscheid der Regionalkonferenz ist das Signal nach Bern: Die Bevölkerung im grössten Ballungsgebiet der Schweiz Aarau-Lenzburg-Zofingen-Olten stimmt einem Atommülllager in ihrer Region zu. Damit ist es gelungen, den politischen Widerstand vom Tisch zu wischen. Denn künftig werden sich BfE und Nagra bei allen ihren weiteren Schritten auf die Zustimmung der Bevölkerung berufen können.

Schliesslich gilt die Regionalkonferenz als Partizipationsverfahren, bei dem die Einwohnerinnen und Einwohner der Region am Entscheid über einen Oberflächenstandort mitwirken können.

Verkehrtes Verfahren

Das Verfahren zur Standortsuche für ein Atommülllager wurde von der Nagra völlig verkehrt aufgelegt. Zuerst wird entschieden, wo der

will: So kann getestet werden, wo der politische Widerstand am geringsten ist. Die Regionalkonferenz Plattform Jura-Südfuss ist der Nagra tatsächlich auf den Leim gekrochen. Andere Regionalkonferenzen haben dem BfE nämlich beschieden, dass sie keinen der Standorte in ihrer Region für eine weitere Evaluation empfehlen können.

Die Regionalkonferenz schwächt den politischen Widerstand. Die Arbeit von KAAZ! wird umso wichtiger.

Region Aarau/Entfelden betroffen?

Wer nun glaubt, das Thema habe sich für die Aargauer Seite des Jura-Südfuss erledigt, irrt. Denn wo im Untergrund das Atommülllager tatsächlich gebaut wird, ist noch nicht bekannt. Vermutet wird, dass die Kavernen ungefähr unter Entfelden zu liegen kämen. Die Oberflächenstandorte sind ja lediglich die Eingangspforten der Tiefenlager und Umladeplatz für den Atommüll.

KAAZ! wehrt sich weiter

Für KAAZ! wird der Kampf gegen ein Atommülllager im Ballungsgebiet Aarau-Lenzburg-Zofingen nicht einfacher, aber umso wichtiger. Es geht nun darum, weitere Kräfte, die nicht mit dem Vorgehen der Nagra und des BfE einverstanden sind, zu aktivieren. Geplant sind vorerst eine Resolution und zwei Veranstaltungen am 26. Juni und am 13. September.

www.ka-az.ch

KAAZ!

Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Zofingen-Lenzburg!



Oberflächenstandort eines Atommülllagers gebaut werden soll, und erst anschliessend wird der geologische Untergrund erforscht. Abgesehen davon sind viele technische Probleme beim Bau eines Atommülllagers (Verhinderung von Wassereintritt etc.) nach wie vor nicht geklärt. Allein gesunder Menschenverstand reicht hier aus, um zu erkennen, dass das Evaluationsverfahren genau umgekehrt sein müsste. Nach dem Entscheid der Regionalkonferenz PJS aber wird klar, warum die Nagra dennoch an diesem Verfahren festhalten

Eva Schaffner von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Kanton Aargau und Präsidentin KAAZ! Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Lenzburg-Zofingen!



KOMMUNALE WAHLEN IN RHEINFELDEN

Wahlkampf in Rheinfelden

In Rheinfelden kandidieren Brigitte Rüedin (bisher) und Claudia Rohrer (neu) für den Gemeinderat. Sie legen Wert darauf, als Sozialdemokratinnen wahrgenommen zu werden. Das zeigen sie auch in ihrem grafischen Auftritt à la SP Schweiz.

Die Ausgangslage

Vor acht Jahren gelang es der SP Rheinfelden mit Brigitte Rüedin und Oliver Tschudin, als Ersatz für Peter Scholer zwei SP-Leute in den Gemeinderat zu bringen. Vor vier Jahren wurden die beiden bestätigt. Neu wurde ein Parteiloser gewählt, der CVP-Gemeinderat wurde abgewählt. Im Gemeinderat der Stadt Rheinfelden, dem Stadtrat, waren 2008 nur noch zwei Parteien vertreten, die SP mit zwei Personen und die FDP mit einem Vertreter. Während der laufenden Amtsperiode wechselte eine Parteilose zu der in Rheinfelden neu gegründeten GLP. Aus dem bestehenden Gremium tritt einzig SP-Mann Oliver Tschudin zurück. Die SVP kandidiert ebenfalls, die CVP tritt nicht an. Somit bewerben sich aktuell sechs Personen für fünf Sitze.

Die Kandidatinnen

Die Erwachsenenbildnerin Brigitte Rüedin kandidiert für eine dritte Amtsdauer im Stadtrat, und die in Rheinfelden in Partei und Vereinen verankerte selbständige Rechtsanwältin Claudia Rohrer stellt sich als neue SP-Kandidatin zur Verfügung. Brigitte Rüedin und Claudia Rohrer wollen den Wahlkampf im Team führen, mit gemeinsamen Plakaten, gemeinsamen Flyern und gemeinsamen Wahlaktionen. Kernaussage ist der Teamgedanke, die SP als Teamplayerin innerhalb des Gemeinderats.



Brigitte Rüedin



Claudia Rohrer

Die Mittel des Wahlkampfs

Die beiden Kandidatinnen haben ein Wahlteam zusammengestellt. Dieses plant und gestaltet den Wahlkampfauftritt. Grossrat und SP-Bezirksparteipräsident Peter Koller ist für den Internetauftritt der Kandidatinnen auf der Homepage der SP Rheinfelden zuständig. Beide Kandidatinnen haben sich gegen einen Auftritt in den social media wie Facebook und Twitter entschieden.

Der grosse Unterschied

Vor acht Jahren gab die SP Rheinfelden als einzige Partei für die Wahlen ein durch Mitglieder der Ortspartei gestaltetes Leitbild heraus: Themen, die «Rheinfelden bewegen» und von der SP vorgeschlagene Lösungen. Für den Wahlkampf 2013 wurde das Leitbild in einem breiten innerparteilichen Prozess überarbeitet. Im Mai wird es im Entwurf den Medien vorgestellt, an der GV vom 23. Mai verabschiedet und sodann auf die Homepage der SP Rheinfelden aufgeschaltet. Auf eine Druckversion wird verzichtet. Aus diesem Leitbild können sich die Wählerinnen und Wähler ein detailliertes Bild der Anliegen der SP und der beiden Kandidierenden machen. Es gibt den Kandidatinnen auch die Möglichkeit, zu unterschiedlichen Themen Stellung zu nehmen und in Diskussion mit den Wählenden zu treten. Die erarbeiteten Positionen werden im Wahlkampf auch als Slogans umgesetzt. Wir hoffen, dass wir auch mit unserem Leitbild 2013 bei der Stadtratswahl erfolgreich sind und wieder zwei Mitglieder des Stadtrats stellen können.

Brigitte Rüedin von Rheinfelden ist SP-Vizeammann und Vorstandsmitglied der SP Stadt Rheinfelden.

Claudia Rohrer von Rheinfelden ist Rechtsanwältin und Vorstandsmitglied der SP Stadt Rheinfelden.

KOMMENTAR

Wahlkampf in Sektionen und Gemeinden

Die Politik der SP Kanton Aargau orientiert sich an der konkreten Lebenswelt aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons, der sozialen Gemeinschaft, der Arbeit, Wohnen oder Freizeit.



Diese Nähe und den direkten Kontakt zu den Wählenden und den Stimmenden, und damit die Möglichkeit, deren Bedürfnisse, Wünsche und Sorgen abzuholen, haben die Sektionen und deren MandatsträgerInnen. Je besser wir dort vertreten sind, umso breiter abgestützt ist die SP-Politik in den Fraktionen von Kanton und Bund. Die erfolgversprechendste Strategie ist auch hier die direkte Ansprache:

■ Kontaktiert die Menschen – WählerInnen und KandidatInnen direkt, nicht über Mail,
 ■ rückt die gemeinsamen Themen in den Vordergrund,
 ■ kämpft für diese lokale Themen, nicht gegen andere Kandidierende,
 ■ achtet auf Glaubwürdigkeit und lokale Verankerung,
 ■ zeigt euch in der Gemeinde, motiviert potentielle Nicht-WählerInnen zur Teilnahme an der Wahl,
 ■ zeigt die Kandidierenden und ihre Themen mit ansprechenden Plakaten, Flyern, Websites und vielleicht auch kleinen Videofilmen.
 ■ Standaktionen führen gerade in den Gemeinden zu Erfolg,
 ■ und nicht zuletzt muss auch das Formale beachtet werden: Erkundigt euch rechtzeitig bei den Gemeindeverwaltungen.

Wir können im Sekretariat der Kantonalpartei leider nicht die Wahlkämpfe für unsere vielen Sektionen und Gemeinden führen, aber wir können euch unterstützen. Zögert nicht zu fragen: Braucht ihr Tipps für Layout oder Anlässe, sollen wir eure Texte gegenlesen, braucht ihr die Adresse eines/einer GrafikerIn, Layouterin, Fotografin?

Wir im Sekretariat und die Geschäftsleitung sind da.

Viel Erfolg!

Brigitte Ramseier von Gränichen ist politische Parteisekretärin der SP Kanton Aargau.

Gemeindepolitik

www.sp-rhf.ch



Demokratische Mitbestimmung stärken

- Die Bevölkerung wird bei wichtigen Vorhaben von Beginn weg miteinbezogen.
- Ein Einwohnerrat verbessert die demokratische Mitbestimmung.
- Die ausländischen Bewohnerinnen und Bewohner erhalten mehr Möglichkeiten zur politischen Mitsprache.
- Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden wird weitergeführt und gezielt verstärkt.

Wo steht Rheinfelden und was will die SP?

Rheinfelden ist in den letzten Jahren kräftig gewachsen und die Bevölkerungszahl wird auch in Zukunft zunehmen. Viele Menschen ziehen neu in die Gemeinde. Sie bringen ein grosses Potenzial für die kommunale Politik mit. Dasselbe gilt für die ausländische Wohnbevölkerung. Dieses Potenzial gilt es für die Gemeindepolitik zu nutzen. Mit einem Einwohnerrat wird sich ein grosser Teil der Bevölkerung in der Politik engagieren. Vor allem Jugendliche Erwachsene bekommen in einem Einwohnerrat die Gelegenheit, die Politik aktiv mitzugestalten. Für die ausländische Bewohnerinnen und Bewohner ist das kommunale Stimm- und Wahlrecht anzustreben.

Politik darf nicht an der Bevölkerung vorbei betrieben werden. Deshalb ist es notwendig, wichtige Vorhaben von Beginn weg und in regelmässigem Austausch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu planen. Nur so können die Bedürfnisse der Bevölkerung angemessen miteinbezogen werden.

Lokal denken – regional handeln. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden des unteren Fricktals und des benachbarten Deutschlands hat sich bewährt. Sie muss weitergeführt und wo notwendig intensiviert werden.

INTERVIEW

Neu in der Geschäftsleitung

links.ag: Kathrin Scholl, der ordentliche Parteitag hat Dich neu in die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau gewählt. Warum hast du Dich für dieses Amt beworben?

Kathrin Scholl: Ich will, dass die SP bei den nächsten Wahlen wieder zulegt. Ich will, dass unsere Themen mehr Gehör haben und ein grösseres Gewicht erhalten. Ich will dazu einen strategischen Beitrag leisten.

Wen vertrittst Du in der GL?

Menschen, Frauen, Kinder, Jugendliche, alle, denen eine sozialpolitische Politik wichtig ist und die sich Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Toleranz und Solidarität wünschen.

Wo besteht besonderer Handlungsbedarf für die Partei?

Die Partei verliert kontinuierlich an Wählendenanteilen, das muss gestoppt respektive gewendet werden. Die Menschen, die SP wählen, müssen auch an die Urne gehen und sich für das Wohlergehen und den Erfolg der Partei mitverantwortlich fühlen.

Kathrin Scholl-Debrunner von Lenzburg ist SP-Grossrätin und war als solche 2012/13 Präsidentin des Grossen Rates. Sie ist stellvertretende Geschäftsführerin des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands alv. Am 6. April 2013 wurde sie vom Parteitag in die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau gewählt. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.



ABSTIMMUNG ASYLGESETZ

Warum wir Nein sagen müssen

Am 9. Juni stimmen wir über das revidierte Asylgesetz ab. Neben wenigen Verbesserungen soll diese Revision aber erhebliche Verschärfungen bringen. Die SP Aargau hat zu dieser Vorlage wie die SP Schweiz die NEIN-Parole ergriffen.

Positive Punkte der Revision

Es stimmt, die aktuelle Asylgesetzrevision enthält auch positive Punkte. So kann niemand etwas dagegen haben, dass der Bund die Kantone bei Beschäftigungsprogrammen für Asylsuchende und für Sicherheitsmassnahmen finanziell unterstützt. Wenn das Schwergewicht auf Beschäftigung und Bildung gelegt wird, ist dies okay. Mit dem Aufbau von Bundeszentren soll das Asylverfahren beschleunigt werden, indem sich alle Beteiligten am gleichen Ort befinden. Das wäre durchaus ein Ansatz. Allerdings müssen die Zentren überschaubar bleiben. Diese Einrichtungen dürfen nicht auf dem Gotthard oder zuhinterst im Bedrettotall platziert werden. Zürich – wie es zurzeit geprüft wird – könnte sich als möglicher Standort anbieten. Der Rechtsschutz und eine gute Betreuung müssen gewährleistet, und die Zentren dürfen keine geschlossenen Lager werden.

Auch unter geltendem Recht möglich

Allerdings könnten bereits heute die Asylverfahren auf faire Weise beschleunigt werden. Es braucht mehr Personal, das die Dossiers bearbeitet und entscheidet. Heute werden die Gesuche von Personen, die in der Schweiz voraussichtlich Asyl oder die vorläufige Aufnahme erhalten, auf die lange Bank geschoben. Diese Asylsuchenden warten zum Teil weit über ein Jahr auf einen Entscheid. Nicht die Beschwerdefristen müssen, wie es in der Testphase geschieht, von 30 auf 10 Tage herabgesetzt werden, sondern die Asylverfahren von Jahren auf Monate.

Verschärfungen treffen Verletzte

Die mit der Revision geplante Abschaffung des Botschaftsasyls bedeutet eine Verschärfung, die vor allem verletzte Personen wie Frauen, Kinder, Minderjährige und Kranke trifft. Diese haben bisher in Botschaften Schutz gefunden, ohne sich in die Hand von Schleppern zu geben und sich auf eine gefährliche Flucht zu machen. Zudem betrifft dies eine verhältnismässig kleine Zahl. Umso unverständlicher ist diese Massnahme.

Auch der geplante Ausschluss der Desertion als Asylgrund bedeutet eine unerträgliche Aushöhlung des Asylrechts. Militär- und Kriegs-



dienstverweigerer sind Helden, keine Feiglinge oder Scheinflüchtlinge. In der Schweiz hat die Linke lange für einen Zivildienst gekämpft, damit Militärdienstverweigerer nicht ins Gefängnis wandern. In Eritrea oder Syrien droht ihnen aber nicht nur eine einfache Gefängnisstrafe.

Darum: Nein

Die erneut geplanten Asylgesetzverschärfungen lösen die humanitäre Tradition der Schweiz immer mehr auf. Dies dürfen wir nicht hinnehmen.

SP und Grüne haben im Nationalrat geschlossen Nein gestimmt. Im Ständerat gab es einige unterstützende Stimmen «für Simonetta Sommaruga». Wie hätte die Bundesrätin wohl gestimmt, wenn sie noch Nationalrätin gewesen wäre?

Es gibt nur eines: Wir sagen Nein zu den erneuten Verschärfungen. Und dies laut.

PC-Konto für die Abstimmungskampagne: 50-19424-1, Netzwerk Asyl Aargau, Nein zur Asylgesetzverschärfung, 5408 Ennetbaden. Infos: www.netzwerkasyl.ch und www.asyl.ch

Patrizia Bertschi von Ennetbaden war SP-Gemeinderätin und SP-Grossrätin. Sie ist Präsidentin des Vereins Netzwerk Asyl Aargau.



1:12-INITIATIVE

Vier falsche (bürgerliche) Argumente

Die Wirtschaftselite ist nach dem Ja zur Abzocker-Initiative in Panik. Ende dieses Jahres werden wir über die „1:12-Initiative für gerechte Löhne“ abstimmen. Diese Initiative will, dass der höchste im gleichen Unternehmen bezahlte Lohn maximal zwölf Mal höher sein darf als der tiefste Lohn. Bereits jetzt haben bürgerliche Politiker und Ökonomen begonnen, aus allen Rohren gegen die Initiative zu feuern. Höchste Zeit, einige ihrer Behauptungen zu berichtigen.

■ **«Die Initiative ist schlecht für die Wirtschaft!»**

Das Gegenteil ist der Fall. Heute besitzt eine kleine Minderheit riesige Vermögen: 1 Prozent der Schweizer Bevölkerung besitzt mehr Vermögen als die restlichen 99 Prozent zusammen. Ein Grund dafür sind die exorbitanten Lohndifferenzen. Diese Vermögen lassen sich in der Realwirtschaft gar nicht mehr gewinnbringend investieren. Deshalb werden sie im Finanzcasino verspekuliert, und es entstehen Blasen, die irgendwann platzen. Die Krise zeigt, wie verheerend das ist. Die 1:12-Initiative bringt wieder mehr vom Reichtum zu den Menschen und damit in die lokale Wirtschaft. Dort gibt es keine Spekulationsblasen.

■ **«Die hohen Löhne in den grossen Unternehmen sind eine Folge der Leistungsgesellschaft!»**

In einer Leistungsgesellschaft würden es die Besten bis ganz nach oben schaffen. Davon sind wir heute

aber weit entfernt. Wenn die UBS 2,5 Milliarden Verlust macht, gleichzeitig 2,5 Milliarden

Boni auszahlt und ihr CEO Sergio Ermotti im gleichen Jahr fast 9 Millionen «verdient», hat das mit Leistung nichts mehr zu tun. Und das ist kein Einzelfall. Das System ist krank: Ganz nach oben schaffen es nicht mehr die Besten, sondern die Schamlosesten und Gierigsten.

■ **«Die hohen Löhne sind Ausdruck des Marktes!»** Die absurden Saläre der Topmanager haben mit Markt überhaupt nichts zu tun. Vielmehr besetzen die CEO und Verwaltungsräte die Entscheidungsorgane mit ihresgleichen. Lufthansa, Deloitte, Syngenta, FannieMae, Zü-

rich Versicherungen, BMW, British American Tobacco, ThyssenKrupp und Roche – das ist nicht eine beliebige Liste von börsenkotierten Multis, sondern die Liste der Firmen, die im UBS-Verwaltungsrat vertreten sind. Im Klartext: Die Abzocker platzieren sich gegenseitig in den Verwaltungsräten und schenken sich die Superboni und Millionensaläre zu.

■ **«Die Initiative ist für die Unternehmen ganz einfach zu umgehen: Sie lagern einfach das Topmanagement oder die tiefsten Löhne aus!»**

Beides ist falsch. Die angenommene Abzocker-Initiative hält im neuen Artikel 95 in der Bundesverfassung betreffend börsenkotierte Unternehmen fest: «Die Führung der Gesellschaft kann nicht an eine juristische Person delegiert werden.» Eine ausgelagerte Novartis-Management AG wäre demnach illegal. Auch die Auslagerung gegen unten ist nicht so ein-

Die absurden Saläre der Topmanager haben mit Markt überhaupt nichts zu tun.

fach. Gemäss Initiative bedeutet «Unternehmen», dass verschiedene Teile einer Holding, von Subunternehmen oder Selbstständige im festen Auftragsverhältnis unter die 1:12-Regel fallen. Wer etwas anderes behauptet, ruft zum Verfassungsbruch auf.

Cédric Wermuth hat auf seiner Webseite die zwölf gängigsten Argumente der bürgerlichen Seite gegen die 1:12-Initiative und unsere Antworten aufgelistet (www.cedricwermuth.ch/zwölf-buergerliche-argumente). Gerne kommt er auch in deiner Sektion vorbei und stellt sich der Diskussion mit den SP-Mitgliedern: cedric.wermuth@spschweiz.ch.

Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat und Mitglied des Initiativkomitees der 1:12-Initiative.



KOMMENTAR

Vollends unnütz

Die meisten in letzter Zeit im Kanton Aargau projektierten Strassenprojekte hat die SP abgelehnt. Keines ist aber so



unnütz und unsinnig wie die am 9. Juni zur Abstimmung kommende Südwestumfahrung Brugg. Mit dieser würde der wichtigste Verkehrsstrom durch Brugg und Windisch vom Zurzibiet zur Autobahneinfahrt im

Birrfeld gleich bleiben, ebenso das berüchtigte Nadelöhr «Neumarktkreuzung» und mit ihm die täglichen langen Staus. Und der Verkehr quält sich weiterhin über den Brugger Bahnhofplatz.

Um die Mängel am Projekt zu vertuschen, wird erklärt, die Südwestumfahrung sei ein Teil von vier Projekten, die die Verkehrsprobleme in Brugg/Windisch lösen sollen. Diese Vorstellung ist mehr als illusorisch. Die Nordumfahrung Windisch ist in Windisch selber umstritten, der Baldeggtunnel mit einer Kostenschätzung von über 800 Millionen Franken ein Relikt aus den wachstumsgläubigen fünfziger Jahren. Die Teilprojekte werden keine nachhaltigen Verbesserungen bei den Kapazitätsengpässen schaffen. Dies kann aufgrund der Südwestumfahrung gut aufgezeigt werden. Die prognostizierten DTV-Zahlen* werden sich 2025 mit oder ohne Umfahrung kaum unterscheiden. Wenn dafür noch 50 Millionen aufgewendet werden, zeigt das nur, dass für Strassenprojekte zu viel Geld vorhanden ist. Der Bund hat bei der Prüfung des Agglomerationsprogramms Aargau-Ost das Projekt von A (vom Kanton als dringend eingestuft) auf C gesetzt (Kosten-Nutzen-Verhältnis ungenügend).

Verkehrswachstum ist nicht einfach gottgegeben, sondern wird hauptsächlich durch die herrschende Ausbaupolitik im Verkehr verursacht. Es ist höchste Zeit, dass auch im Kanton Aargau andere Ansätze einer nachhaltigen Mobilitäts politik geplant und umgesetzt werden. Darum: Am 9. Juni NEIN zu diesem Projekt!

* DTV: durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke

Jürg Cafilisch von Baden ist SP-Grossrat und Präsident VCS Aargau.

1:12

GROSSER RAT

Erneuerte SP-Grossratsfraktion

Am 30. April wurde die neue Legislatur des Grossen Rates mit Vereidigung und diversen Wahlen eröffnet. Mangels Geschäften trifft sich das Kantonsparlament aber erst wieder am 28. Mai – kurz, denn danach geht es zu den Fraktionsausflügen. Die neuen SP-Fraktionsmitglieder stellen sich im Interview vor. links.ag hat ihnen folgende Fragen gestellt:



JÜRIG KNUCHEL (Aarau), Dr. med.
Kommission für Gesundheit und Sozialwesen
GSW, Vollmitglied; Geschäftsprüfungskommission
GPK, stv. Mitglied

1. Ich werde mich mit aller Kraft für unsere wichtigen politischen Anliegen zu Gunsten einer gerechten und solidarischen Gesellschaft einsetzen, ohne dabei die Herausforderungen an unsere Leistungs- und Innovationsbereitschaft aus dem Auge zu verlieren. Dabei steht für mich ein hohes Mass an Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit im Vordergrund. Populistische Schaumschlägerei und Verunglimpfung Andersdenkender lehne ich ab.

2. Ich finde die politische Auseinandersetzung grundsätzlich spannend und wichtig und freue mich darauf, mich dieser Herausforderung stellen zu dürfen. Ganz besonders interessiert mich naturgemäss die Gesundheitspolitik. Als Arzt mit langjähriger Fronterfahrung an verschiedenen Spitälern hoffe ich, nebst der zunehmend juristisch und ökonomisch dominierten Sichtweise auch die medizinische Optik wieder vermehrt ins Zentrum rücken zu können. Nur so wird es möglich sein, auch zukünftig eine optimale medizinische Versorgung für alle gewährleisten und eine vermehrte Zweiklassenmedizin verhindern zu können.

3. Ich vertrete sozialdemokratische Anliegen und werde dies auch zukünftig tun, unabhängig von der Grösse unserer Fraktion. Unsere Position muss klar erkennbar bleiben. Nur so erreichen wir die notwendige Glaubwürdigkeit, auch gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern. Ich hoffe, damit auch über die Parteigrenzen hinweg überzeugen und Koalitionen bilden zu können.



ANNA ANDERMATT (Wettingen), Dr. med.
Kommission für Gesundheit und Sozialwesen
GSW, stv. Mitglied; Kommission für Justiz JUS,
stv. Mitglied

1. Ich will mich möglichst schnell einarbeiten, vor allem in die Themen Gesundheit und Soziales. Hier möchte ich eine grosse Sachkenntnis aufbauen und zusammen mit meinen Kommissionskollegen die SP Aargau kompetent positionieren. Als junge, motivierte Politikerin hoffe ich, frischen Wind in die Fraktion und den Grossen Rat zu bringen.

2. Als Assistenzärztin gilt mein Interesse dem Gesundheitswesen. Gerade da gibt es in nächster Zeit auf kantonaler Ebene einiges zu entscheiden. Und ich freue mich darauf, meine Erfahrung einbringen zu können. Da ich vor kurzem Mutter geworden bin, liegen natürlich auch familienpolitische Themen auf meiner Interessenskala weit oben. Im Sommer werde ich 30 Jahre alt; auch die Anliegen der Jugend sind mir noch sehr nah. Meine FreundInnen würden mich vermutlich als zuverlässig, teamfähig, positiv denkend und offen bezeichnen, und ich kann sehr viel Herzblut in eine Sache legen.

3. Es gilt für alle, Einsatz zu zeigen! Die SP muss sich klar positionieren und Themen in den Vordergrund stellen, die die Bevölkerung beschäftigen. Unsere Arbeit muss seriös und kompetent sein und unser Engagement darf ruhig in der Öffentlichkeit gezeigt werden. So werden wir die Fraktion hoffentlich bald wieder aufstocken können!



MARTIN BRÜGGER (Brugg), Ingenieur HTL
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie
und Raumordnung UBV, stv. Mitglied; Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben VWA, stv. Mitglied

1. Ich will schnell lernen, in die richtige Richtung zu schwimmen, notfalls auch gegen den Strom, und für bessere Lösungen kämpfen. Für einen attraktiveren Kanton Aargau, damit Menschen im Aargau bessere Arbeits- und Lebensbedingungen vorfinden und Natur und Kultur nicht vergessen werden. Nicht nur die grossen Fragen anpacken, sondern auch die «kleinen» Probleme und Anliegen engagiert und intelligent angehen.

2. Ich bin vielseitig und pragmatisch. Als Ingenieur strebe ich umsetzbare und funktionierende Lösungen an. Es wurde schon behauptet, in der SP-Fraktion gebe es keine Arbeiter mehr: Ich bin gelernter Mechaniker, engagierter Vertreter der Arbeitnehmerschaft, ein Kämpfer mit Kondition (sportlich und politisch). Anliegen von Natur und Umwelt liegen mir besonders am Herzen – ein zubetonierter Strassenkanton Aargau ist nicht attraktiv und bietet keine Wohn- und Standortattraktivität.

3. Es gibt sehr wohl Chancen, gute Lösungen durchzubringen. Die SP ist die Partei, die genauer hinschaut, besser durchleuchtet und sich intensiver informiert. Allianzen der Vernunft müssen bei diesen politischen Kräfteverhältnissen immer wieder erarbeitet werden. Ich hoffe, dass es bei diversen Sachthemen gelingt, bei anderen Themen wird es wohl sehr schwierig werden. Ich habe bei unserer SP-Fraktion ein gutes Gefühl; wir sind politisch fit und verfügen über eine sehr breite Erfahrung.

1. Was hast Du Dir für Dein neues Amt als Grossrätin/Grossrat vorgenommen?
2. Wo liegen Deine Interessen/Stärken?
3. Die SP-Fraktion ist mit 22 Mitgliedern relativ klein. Was heisst das für Dich?



ALFRED MERZ (Menziken), Elektromonteur, Vizeammann
Kommission für Gesundheit und Sozialwesen GSW, Vollmitglied; Kommission für Bildung, Kultur und Sport BKS, stv. Mitglied

1. Mich für den Kanton Aargau einsetzen. Dazu gehört vor allem die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in diesem Kanton und ein sorgfältiger Umgang mit unserer Natur. Eine nachhaltige und qualitative Entwicklung des Kantons Aargau. Als Vertreter einer Randregion ist es mir wichtig, mich auch für regionale Anliegen einzusetzen.

2. Als Vizeammann stehe ich dem Ressort Gesundheit und Soziales vor. Hier habe ich entsprechendes Hintergrundwissen. Die Bereiche Bildung und Finanzen gehören ebenfalls zu meinen Interessengebieten.

3. Um auf 71 Stimmen und damit zu einer Mehrheit im Rat zu kommen, sind wir auf weitere 49 Stimmen angewiesen. Die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen muss gesucht und gefunden werden. Für mich heisst das, Gespräche mit den anderen Grossratsmitgliedern führen.



SUKHWANT SINGH (Möhlin), Senior IT Auditor
Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen KAPF, Vollmitglied; Geschäftsprüfungskommission GPK, Vollmitglied; Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben VWA, stv. Mitglied

1. Ein besseres Verständnis des Grossratsbetriebs. Herausfinden der Wirkungsmöglichkeiten: Wie kann man sich konstruktiv und wirksam einbringen? Ein Netzwerk über die Parteigrenze hinaus aufbauen, um für wichtige Anliegen Mehrheiten im Rat zu erwirken. Politische Themen, für die ich mich einsetzen werde, sind:

- Gesundheitswesen (Pflege, Spitäler, Krankenversicherung)
- zukunftsgerichtete Bildungsangebote für alle
- gesunde, nachhaltige Wirtschaft und Beschäftigung (Gerechte Löhne und Vermögensverteilung)
- schlanke und unkomplizierte Verwaltung

2. In Wirtschaft, Finanzen, Informatik, Prozesse und Organisation, im Gesundheitswesen und im Bildungswesen.

3. Wir müssen konstruktiv mit den anderen Mitgliedern zusammenarbeiten und helfen, bei wichtigen Themen Mehrheiten zu finden. Weniger ist mehr!



VIVIANE HÖSLI (Zofingen), Buchhändlerin, Vizepräsidentin Aargauischer Gewerkschaftsbund
Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben VWA, Vollmitglied

1. Ich möchte im Grossen Rat all jene vertreten, die mit wenig Geld auskommen müssen. Viele PolitikerInnen haben keine Ahnung von dieser Lebensrealität. Dies zeigt sich, wenn es beispielsweise um Fragen wie Vermögenssteuern oder die Gebührenbelastung beim Hausbau geht. Dass es aber Familien unter dem Existenzminimum gibt und diese oft nicht wissen, womit die Krankenkassenprämie bezahlt werden soll, wird dabei ausgeblendet. Es ist wichtig, dass wir als SP diesen Menschen eine Stimme geben und uns für sie einsetzen, auch wenn viele von uns in einer viel komfortableren finanziellen Situation leben.

2. Ich kann mich gut in viele Fachgebiete einlesen und werde so die oben genannten Interessen vertreten. Grosse Würfe werden uns als SP kaum gelingen: Gerade weil wir keine linke Mehrheit haben, ist die Arbeit am Detail und in den Kommissionen unsere grosse Chance für Veränderungen.

3. Die Fraktion muss die Frage beantworten, ob sie in den nächsten knapp vier Jahren Konsens- oder Oppositionspolitik betreiben will. Ich tendiere eher zur Oppositionspolitik; denn gegen bürgerliche Mehrheiten kommen wir mit aller Taktik nicht an. Wir sollten deshalb unseren sozialdemokratischen Werten treu bleiben.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau, Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75, sekretariat(at)sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr. Auflage links.ag: 3255 Expl. Redaktion: Katharina Kerr, katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 29. April 2013. Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 3. Juni 2013

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Anna Andermatt, Sascha Antenen, Patrizia Bertschi, Martin Brügger, Jürg Caffisch, Dieter Egli, Marco Hardmeier, Fabio Höhener, Viviane Hösli, Katharina Kerr, Jürg Knuchel, Alfred Merz, Brigitte Ramseier, Claudia Rohrer, Brigitte Rüedin, Eva Schaffner, Kathrin Scholl, Sukhwant Singh, Cédric Wermuth. Foto S. 12: JUSO, Fotos Parteitag: David Zehnder.

ATOMMÜLL

Nagra-Bschiss: «Time Ride»

Mit ihrer Kampagne «Time Ride» versucht die Nagra, die Gefahren von Tiefenlagern zu verharmlosen: «Die Sonderausstellung TIME RIDE zeigt eine spektakuläre Reise in die Tiefe der Erde. Sie führt mittels einer Liftfahrt zurück in die Entstehungszeit des Opalinustons durch die Welten der Vergangenheit in eine Tiefe von 600 Metern.» (O-Ton Nagra) Die JUSO Aargau protestierten gegen diesen Bschiss an der Aarauer Gewerbesse AMA.

Die Aussage der Kampagne lautet: Radioaktive Abfälle lassen sich in bestimmtem Gestein für immer sicher lagern. Eine altbekannte Behauptung der Nagra, um ihre Pläne zu legitimieren – wahrer wird sie trotzdem nicht. Die Langzeitfolgen eines solchen Tiefenlagers sind bis heute weitgehend unbekannt. Radioaktives Material strahlt Zehntausende von Jahren. Niemand kann eine sichere Lagerung während einer solchen Zeitspanne garantieren.

Mit einem imposanten Trailer auf Youtube, Radiowerbung und

Plakaten propagiert die Nagra ihr Projekt. An mehreren grossen Messen und auch im Verkehrshaus ist die Nagra präsent. Zusätzlich zu den Messen zielt die Time Ride-Kampagne auch auf Schulen ab. Lehrpersonen können Material für ihre Schülerinnen und Schüler auf der Time Ride-Webseite beziehen. Mit manipulativen Aufgabenstellungen wird versucht, die Kinder für die Pläne der Nagra zu sensibilisieren. Als Beispiel müssen die Kinder beantworten, welche Lagerungsmethode für radioaktive Abfälle

sie gut und sicher finden. Die Antwortmöglichkeiten sind fix vorgegeben: In die Sonne schiessen, ins Meer werfen, neben der Schule in einem Schuppen lagern oder in einem Tiefenlager aufbewahren. Auf Gefahren wird in den Lehrmitteln nicht hingewiesen. Eine solche perfide Propaganda ist für die JUSO Aargau nicht hinnehmbar. Sie zeigt ein weiteres Mal deutlich, wie nah die Nagra der Atomlobby steht.

Darum hat die JUSO eine Demo vor der AMA (Aargauer Messe Aarau) im März 2013 organisiert. Denn auch dort war die Nagra mit ihrem Time Ride-Projekt präsent. Mit Flyern und einem Transparent machte die JUSO die Besucher und Besucherinnen auf die Gefahren von Tiefenlagern und radioaktiven Abfällen aufmerksam. Es ist bedenklich, dass eine staatlich finanzierte Organisation, geleitet von Lobbyvertretern, die Standorterueierung vornimmt. Eine solche Institution sollte doch aus unabhängigen Vertretern und Vertreterinnen bestehen! Und bevor wir an eine Endlagerung auch nur denken, heisst es: Raus aus der Atomenergie per sofort!



Sascha Antenen von Zofingen ist Präsident der JUSO Zofingen, im Vorstand der JUSO Aargau und Vize-Präsident der SP Zofingen-Uerkheim-Brittinau.

18. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 27. Juni 2013
19.30 bis 21.00 Uhr

Altes Schulhaus (Peterskeller)
5432 Neuenhof

**Max Chopard-Acklin
berichtet von der Sommersession**

mit offerierter Suppe

Es laden ein:
SP Neuenhof
SP Spreitenbach

PAROLEN

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

■ Volksinitiative vom 7. Juli 2011
«Volkswahl des Bundesrates»:

NEIN

■ Änderung vom 28. September
2012 des Asylgesetzes (AsylG):

NEIN

KANTONALE VORLAGE

■ K 128, Südwestumfahrung
Brugg; Kreditbewilligung vom
5. März 2013: **NEIN**



Die Gemeinde Oberkulm und
Ständerätin Pascale Bruderer Wyss
laden ein zum



3. Apéro fédéral – REGIONAL!

am Samstag, 22. Juni 2013, um 10.30 Uhr
in der Aula der Wynenschulanlage Oberkulm



Pascale Bruderer Wyss berichtet von den Entscheidungen,
Ereignissen und Erlebnissen während der Session und freut
sich auf einen regen Austausch zu politischen Aktualitäten.

Gemeindeammann Edmund Studiger hält ein Grusswort und
lädt im Anschluss an die Veranstaltung zum Apéro, offeriert
von der Gemeinde Oberkulm.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

AGENDA

4. und 18. Juni, 2. Juli
Jeweils 18 Uhr im Volkshaus Aarau,
Bachstrasse 43,
**Geschäftsleitungssitzung
der SP Aargau**

11. Juni
19–22 Uhr, im Kulturhaus
Odeon Brugg
**Gleichstellung:
Was ist Diversity?**
(anstelle Parteirat)

22. Juni
10.30 Uhr in Oberkulm
**Apéro fédéral mit Ständerätin
Pascale Bruderer Wyss**

27. Juni 2013
**Berner Suppe à la Nationalrat
Max Chopard**
19.30 bis 21 Uhr Altes Schulhaus
(Peterskeller), Neuenhof